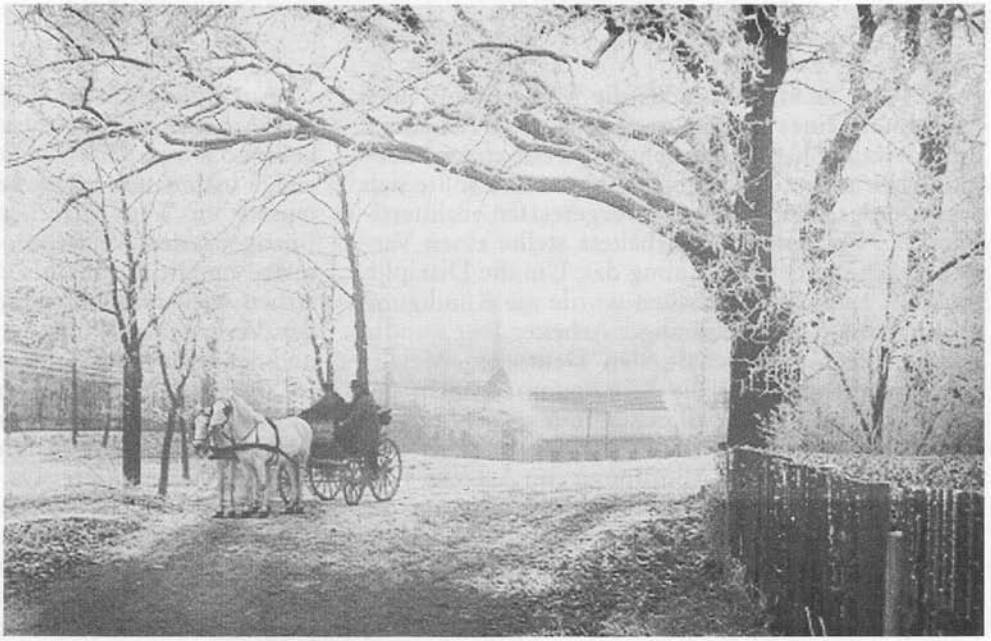
Ulrike Steiner-Hiendl

Der Streik im Eisenwerk von 1907/08

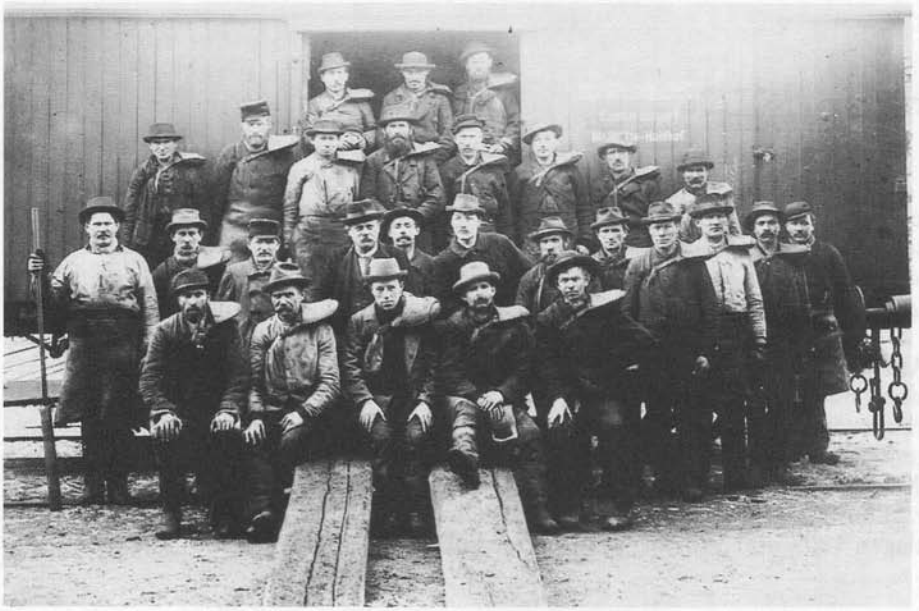
Der Beginn des Streiks im Frühjahr 1907

Während der wirtschaftlichen Aufrüstung der Maxhütte zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte keine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter stattgefunden. Im Gegenteil, das harte und entbehrungsreiche Leben der „Maxhütter" in dieser Zeit wurde immer schlechter. Diesem Umstand wurde zwar durch Teuerungszulagen 1905 und 1907 Rechnung getragen, was aber angesichts der Probleme nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein konnte. Zu der enormen Unzufriedenheit der Arbeiter kam dann zu dieser Zeit die gewerkschaftliche Organisation und das damit verbundene Problembewusstsein.[1]

So reichte im Frühjahr 1907 ein banaler Anlass zum Ausbruch der bis dato größten Streikbewegung in der Geschichte des Eisenwerks in Haidhof. Dabei



Blick auf das Eisenwerk Maxhütte, aus der Fotosammlung des Bezirksamtmannes Paul von Köttnitz, Burglengenfeld, um 1925



Die Maxhütter Eisenträger mit ihren Schulterpolstern bei der Bahnverladung im Eisenwerk, um 1905

ging es um nichts weiter als die Missachtung einer Anordnung eines Ingenieurs seitens eines Arbeiters. Ein Vorwalzer hatte unberechtigterweise einem anderen Arbeiter eine Zange abgeschnitten und sollte sich deswegen gegenüber seinem Vorgesetzten rechtfertigen. Die Weigerung des Arbeiters stellte einen Verstoß gegen die Fabrikordnung dar. Um die Disziplin im Werk aufrecht zu erhalten wurde die Kündigung ausgesprochen. Der gekündigte Arbeiter aber wandte sich an die Gewerkschaft, den Deutschen Metallarbeiterverband, da er die Kündigung als nicht gerechtfertigt empfand, weil er sich nur an den nächsthöheren Vorgesetzten hatte wenden wollen. Am 21. März verlangte eine Abordnung von Arbeitern die Rücknahme der Kündigung ihres Kollegen, was die Werksleitung aufgrund der Aufrechterhaltung der Disziplin aber ablehnte. Das Resümee der Arbeiter war: *„Nun haben wir unser Möglichstes getan, wenn ein Aufruhr kommt, so sind wir nicht schuld."*[2]

Aus Solidarität zu ihrem Kollegen traten sofort 400 Arbeiter in den Ausstand, am 22. März hatten bereits 550 von 930 Arbeitern die Arbeit niedergelegt, einige hatten sich krank gemeldet. Die Gendarmerie musste im Werk den Leuten den Zugang zu den Bürogebäuden verwehren. Die Hüttenverwaltung setzte ein Ultimatum, bis zu dem die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen mussten: ansonsten drohte der Verlust der Wohnung in den Arbeiterkasernen und der Verlust der Ansprüche an die Pensionskasse.[3]

Zunächst blieb die Situation ruhig, nur einzelne Beschimpfungen gegenüber Arbeitswilligen waren zu verzeichnen, in Burglengenfeld wurden nachts Fenster eingeworfen. Da man weitere Ausschreitungen befürchtete, beorderte die Kgl. Regierung der Oberpfalz Gendarmerie in die Maxhütte.[4] Dennoch nahmen nur wenige Arbeitswillige aus Furcht vor den auf den Wegen zur Maxhütte aufgestellten Streikposten die Arbeit wieder auf.[5]

In der Presse wurden Gerüchte laut, die Sozialdemokratie würde Druck auf die Arbeitswilligen ausüben, worauf die Werksleitung jegliche Verhandlungen ablehnte.[6] Eine Vermittlung zwischen den Streikenden und der Hüttenverwaltung konnte erst der zuständige Gewerberat erreichen. Die Hüttenverwaltung sicherte den Wiedereintritt der Streikenden in ihre Arbeitsplätze und eine gerechtere Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten zu. Die Rücknahme der Kündigung des Arbeiters, die zum Anlass des Streiks wurde, wurde nicht ausgeschlossen. Auch wegen der Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften sollte keine Maßregelung erfolgen.[7]

Der Streik im Frühjahr 1907 wurde letztendlich durch einen Kompromiss beigelegt, an dem die Arbeiterorganisationen nicht beteiligt waren. Die Verhältnisse der Arbeiter aber wurden nicht verbessert, nur das Spannungsverhältnis wurde vorübergehend entschärft.

Sommer und Herbst 1907

1907 entpuppte sich im Raum Burglengenfeld bald als wahres Streikjahr. Sowohl in der nahe dem Eisenwerk gelegenen Tonwarenfabrik Pirkensee kam es im Mai 1907 zu einem Streik, als auch im Juli und August in der Braunkohlegrube Augusta nahe dem Eisenwerk. Beide Male wurden Lohnerhöhungen erreicht.[8] Die erfolgreiche Durchführung zweier Streiks in unmittelbarer Nähe des Eisenwerkes musste sich zwangsläufig auch in den Köpfen der Maxhütte-Arbeiter festsetzen. Die Vorbildfunktion solcher Aktionen konnte nicht ausbleiben.

So setzte sich auch bei den Maxhütte-Arbeitern seit dem Frühjahr 1907 die Entschlossenheit zur Verbesserung ihrer Verhältnisse durch. Mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Vertretung, dem Deutschen Metallarbeiterverband, wollten sie im Sommer 1907 eine Lohnerhöhung und die Einrichtung eines Arbeiterausschusses erreichen. Die Antwort der Hüttenverwaltung vom 21. September war ebenso eindeutig wie ablehnend. Nun sollte eine Arbeiterdeputation ihr Glück versuchen, die aber ebenfalls an der starren Haltung der Hüttenverwaltung scheiterte.[9]

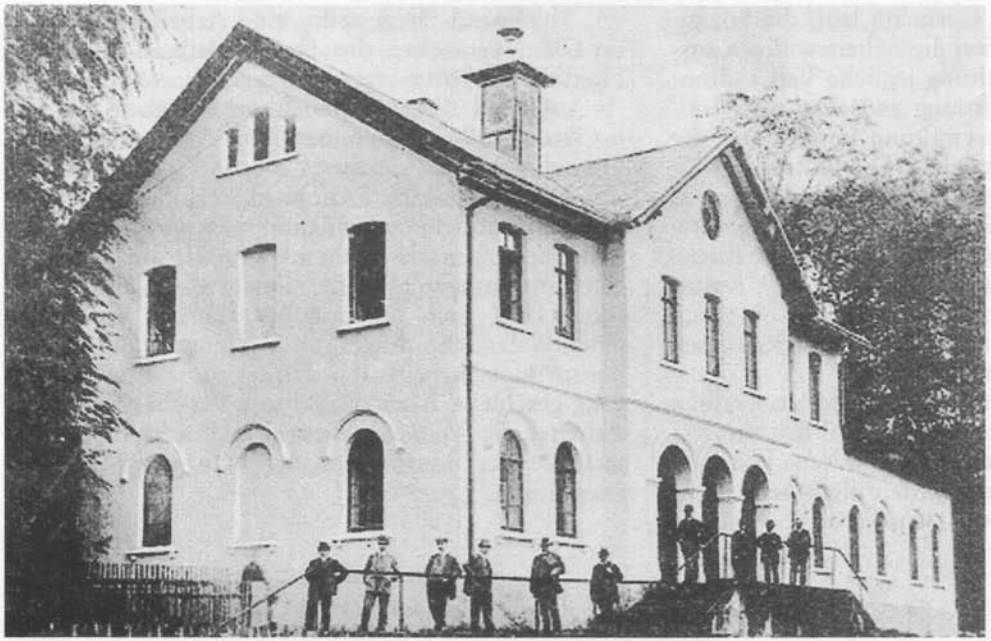
Aufgrund dieser Entwicklungen wurde für den 6. Oktober 1907 in Leonberg eine Arbeiterversammlung einberufen. Auf dieser wurde beschlossen, sich mit Generaldirektor Fromm in Verbindung zu setzen. Aufgrund dieser Verhandlungen wurden schließlich eine Arbeiterkommission gewählt und gemäßigtere Forderungen gestellt.[10] Doch wurde am 23. Oktober 1907 nach der Bekanntgabe der Schließung einer Walzstraße durch die Hüttenverwaltung wiederum eine Arbeiterabordnung zur Hüttenverwaltung geschickt. Aber auch dieser Versuch seitens der Arbeiter, den Verhandlungsweg zu beschreiten, scheiterte an der unnachgiebigen Haltung der Hüttenverwaltung.[11]

Arbeitsniederlegung

Noch während der Verhandlungen vom 23. Oktober 1907 zwischen der Werksleitung und der Arbeiterdeputation kam es im Werk zur Arbeitsniederlegung. Aus welchem Grund die Arbeit niedergelegt wurde, oder ob dies auf ein vereinbartes Kommando hin geschah, ist unklar. Auch die anschließende Nachtschicht blieb untätig, so dass schließlich alle Öfen und Kessel gelöscht wurden. Am folgenden Tag meldeten sich nur 350 Arbeitswillige, ca. 150 Arbeiter hielten sich vor dem Werk auf, ohne hinein zu gehen. Die Werksleitung war nun der Meinung, der Ausstand sei bereits vor den Verhandlungen beschlossene Sache gewesen und wollte sich dem Druck nicht beugen.[12]

Am 25. Oktober 1907 befanden sich von den 990 in Haidhof beschäftigten Arbeitern ca. 660 im Ausstand. Nun kam es wieder zu Beschimpfungen gegenüber den Arbeitswilligen. Wie bereits im Frühjahr forderte die Hüttenverwaltung die Einrichtung einer Gendarmeriestation.[13]

Die Situation blieb schließlich bis Ende November unverändert. Erst dann kam durch Maßnahmen der



Das Hauptbüro des Eisenwerks Maxhütte, um 1910

Hüttenverwaltung Konfliktpotenzial in das Verhältnis zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Letztere hatten bald nach Beginn des Streiks eine Lohnaufbesserung erhalten und bekamen nun eine enorme Teuerungszulage zugestanden. Dagegen gab die Hüttenverwaltung bekannt, dass die Rechte der Streikenden an der Betriebskrankenkasse erlöschen würden und sie nicht mehr Mitglieder des Maxhütte-Konsumvereins seien. Damit trieb die Hüttenverwaltung einen Keil zwischen die Streikenden und die Arbeitswilligen.[14]

Hinzu kam, dass die meisten der nun „krankgeschriebenen" Arbeiter Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes, der „Konkurrenzorganisation" des Deutschen Metallarbeiterverbandes, waren. Nach dem Modus der Betriebskrankenkasse unterlagen diese einem Ausgehverbot, konnten also nicht am Streik teilnehmen.[15]

Die ersten Auseinandersetzungen

Nach dieser Verhärtung der Fronten reichte nun wiederum eine Arbeiterdeputation der Streikenden bei der Hüttenverwaltung ein Gesuch um Teuerungszulage ein, wie sie den Arbeitswilligen genehmigt worden war. Außerdem wurde die Neuwahl des Arbeiterausschusses gefordert, da dem bestehenden nur christlich organisierte Arbeiter angehörten. Auch diese Forderungen wurden von der Hüttenverwaltung wiederum abgelehnt.[16]

Nun kam es zu ersten Ausschreitungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Ein Fabrikarbeiter aus Premberg gab an, mit Erschlagen bedroht worden zu sein, dem Vorsitzenden des katholischen Arbeitervereins Teublitz sowie anderen Arbeitswilligen wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember die Fenster eingeworfen. Nun griff auch der Deutsche

Metallarbeiterverband wieder in das Geschehen ein, Bezirksleiter Eßner reiste ins Streikgebiet. Doch statt die Situation zu beruhigen wurden den Ausständischen vom Deutschen Metallarbeiterverband die Streikgelder gekürzt. Nun drohte sich die Wut der Streikenden zu entladen.[17]

„Rot oder tot!" – Die Auseinandersetzungen werden heftiger

Schließlich eskalierte die Situation am 12. und 13. Dezember. Die Wut auf die Hüttenverwaltung und die christlich organisierten Arbeiter, die als Verräter betrachtet wurden, manifestierte sich in Vorkommnissen, die Straßenkämpfen gleichzusetzen waren. Nicht nur wurden die Arbeitswilligen auf dem Weg zur Tagschicht aufs übelste beschimpft, es wurden in der Nähe der Maxhütte auch Schüsse hinter den Arbeitswilligen abgegeben. Als sich die Tagschicht auf den Nachhauseweg machte, wurde sie nicht nur von den Streikenden empfangen. Bei Teublitz kamen auch noch die Frauen der Ausständischen hinzu, die sich den Beschimpfungen anschlossen. Am Morgen des 13. Dezember schließlich waren auf den Wegen nach Teublitz und Leonberg etwa 200 Streikposten postiert. In Teublitz wurde auf den Straßen mehrmals geschossen. Bereits in der Nacht zuvor waren in Leonberg Arbeitswilligen die Fenster eingeworfen worden und Schüsse gefallen. Aus Furcht, die im Raum Burglengenfeld stationierte Gendarmerie würde die Ordnung nicht aufrecht erhalten können, entschloss sich das Bezirksamt Burglengenfeld Militär anzufordern.[18]

In dieser Situation war nun die Hüttenverwaltung zu Verhandlungen mit den Streikenden bereit, allerdings nur für den Fall, dass die Streikenden ihrerseits darum ansuchten. Schließlich wurden für den 15. und 16. Dezember Gespräche anberaumt. Dennoch wurden in Burglengenfeld über 70 Gendarmen einquartiert und in Regensburg stand eine Militäreinheit zum Eingreifen bereit.[19]

Auch die Presse beschäftigte sich mit den Ausschreitungen vom 12. und 13. Dezember im Maxhütten-Gebiet. Es wurde berichtet, dass in Teublitz ein regelrechter „*Terrorismus*" herrsche und dass auf Seiten der Ausständischen der Ruf „*Entweder rot oder tot!*" gefallen sei. Zudem war in der überregionalen Presse von „*Straßenkämpfen in der Oberpfalz*" die Rede.[20]

Mitte Dezember 1907 – Verhandlungen werden eingeleitet

Die Wochen unmittelbar nach den Ausschreitungen Mitte Dezember standen im Zeichen einer, wenn auch künstlichen, Beruhigung der Situation durch die Androhung eines Militäreinsatzes. Mit den Vereinbarungen, die mit der Hüttenverwaltung am 15. und 16. Dezember getroffen wurden, war aber der Willkür bei der Wiedereinstellung Tür und Tor geöffnet. Zudem war die Haltung der Hüttenverwaltung bezüglich der Rechte an der Pensionskasse die gleiche wie bereits Anfang Dezember. Schließlich wurde die Vereinbarung von der Arbeiterversammlung abgelehnt, und trotz eines neuen Verhandlungstermins konnte vor den Feiertagen keine Einigung mehr erzielt werden. Das Streikgebiet wurde zur Ruhe gebracht, indem man den umliegenden Gemeinden bei erneuten Ausschreitungen mit der Einquartierung von Gendarmerie drohte. Dennoch warnte das Bezirksamt Burglengenfeld vor einer neuerlichen Provokation seitens der Hüttenverwaltung, indem neue auswärtige Arbeiter angeworben werden sollten. Das Verhalten der Hüttenverwaltung wurde weder seitens des Bezirksamtes noch von anderen staatlichen Stellen gutgeheißen.[21]

Sowohl von diesen Stellen als auch seitens der Presse erfolgte nun die Feststellung, dass die Situation auf der Maxhütte aufgrund der Haltung der Werksleitung einer Aussperrung gleichkam.[22]

Anfang 1908 – Die Lage spitzt sich zu

Nach der trügerischen Ruhe Ende 1907 spitzte sich die Lage im Streikgebiet Anfang 1908 nochmals zu. Zum einen gab die Drohung der Werksleitung, ausländische Arbeiter einstellen zu wollen, den Ausschlag, zum anderen begann die Front der Streikenden zu bröckeln. In Verhandlungen vom 4. Januar wurden die Bedingungen der Hüttenverwaltung vom 16. Dezember modifiziert. Dennoch blieben sie für die Streikenden unannehmbar und die Haltung der Werksleitung unnachgiebig – man wollte aufgrund der Aufrechterhaltung der Disziplin nicht alle streikenden Arbeiter wieder einstellen. Die Gendarmerie im Streikgebiet wurde wiederum in höchste Bereitschaft versetzt. Es zeigte sich aber, dass immer mehr Ausständische aus Furcht um ihre Existenz die Arbeit wieder aufnahmen, was zu erneuten Ausschreitungen führte. Es waren nun nicht mehr nur die Maxhütte-Arbeiter involviert, sondern ganze Familien, Arbeiter wurden von Schulkindern angegriffen. Zusätzlich angeheizt wurde die Situation durch die Agitation der Sozialdemokratie im Raum Burglengenfeld, durch die die Streikenden zum Durchhalten aufgerufen wurden.[23]

Das Streikgebiet im Ausnahmezustand

Die erneuten Ausschreitungen machten ein Eingreifen des Bezirksamtes notwendig. Ende Januar wurden weitere Gendarmen angefordert, die aus anderen Regierungsbezirken kommen sollten, um eine Verbrüderung mit den Streikenden zu verhindern. Zudem erließ das Bezirksamt eine distriktspolizeiliche Vorschrift, wonach das Zusammenstehen von mehr als fünf Personen auf öffentlichen Plätzen und Wegen geahndet wurde. Sollten diese Maßnahmen nichts nützen, so hätten die Gemeinden auf eigene Kosten mit der Einquartierung von Militär zu rechnen. Schließlich wurden die Arbeitswilligen auf dem Weg ins Werk nicht nur von Gendarmerie, sondern auch vom Bezirksamtmann persönlich begleitet. Diese Maßnahmen, die für den Raum Burglengenfeld eine Art Ausnahmezustand bedeuteten, konnten schließlich die öffentliche Ordnung wieder herstellen.[24]

Doch trotz dieser behördlichen Maßnahmen dauerte der Streik fort. Anfang Februar 1908 hatten nur 19 Streikende die Arbeit wieder aufgenommen. Zuvor hatten die Arbeitervertreter am 30. Januar unter Zuziehung des Bezirksleiters des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Eßner, die Hüttenverwaltung nochmals um Verhandlungen gebeten. Doch diese hatte, wie auch schon vorher, abgelehnt. Am 1. Februar hatten die Arbeitervertreter wiederum bei der Hüttenverwaltung vorgesprochen, um wenigstens die Vereinbarungen, über die in der Arbeiterversammlung vom 19. Januar abgestimmt hätte werden sollen, aufrecht erhalten zu können. Über diese sollte am 4. Februar eine Abstimmung unter den Arbeitern stattfinden. Wenn die Hüttenverwaltung diese Bedingungen garantierte, sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Bis zur geplanten Versammlung der Streikenden wollte nun die Hüttenverwaltung davon absehen, die fremden Arbeiter einzustellen. In der Woche vor der Abstimmung gab es im Streikgebiet, abgesehen von der Beleidigung eines Arbeitswilligen, für die ein Streikender auch festgenommen wurde, keine Ausschreitungen mehr. Das hohe Gendarmerieaufgebot blieb aber dennoch vor Ort.

Auf der Versammlung vom 4. Februar sprach sich ein Großteil der Streikenden für die Aufnahme der Arbeit zu den von der Hüttenverwaltung zuletzt gestellten Bedingungen aus. Von den 548 Streikenden, die an der Versammlung teilgenommen hatten, waren 460 für eine Wiederaufnahme der Arbeit, 74 waren dagegen gewesen und 14 Stimmen waren ungültig. Laut den Arbeitervertretern war der Streik damit als beendet anzusehen. Die Hüttenverwaltung teilte den Arbeitervertretern daraufhin mit, dass die Wiedereinstellung der Arbeiter nach und nach erfolgen würde und dass diese durch Anschlag im Portierhaus bekannt gegeben würden. Mitte Februar hatte sich die Situation dann endgültig entspannt. Es gab keine Stö-

rungen der öffentlichen Ordnung mehr, außer einem Fall, in dem ein betrunkener Arbeiter Revolverschüsse in die Luft abgegeben hatte. Am 10. Februar war das Gendarmerieaufgebot bereits um 26 Mann verringert worden und es sollte nur noch die Gendarmeriestation auf der Maxhütte selbst aufrecht erhalten werden. Auch waren zu diesem Zeitpunkt nur noch 191 Arbeiter nicht wieder eingestellt worden.[25]

Die Hüttenverwaltung behielt auch nach dem Ende des Streiks die fragliche Wiedereinstellung als Druckmittel bei. Sie hatte auch jetzt noch die Zügel in der Hand und stellte die Arbeiter nur nach und nach wieder ein. Diese Haltung war lediglich durch die monopolistische Stellung als Arbeitgeber in der Region möglich, die die Maxhütte einnahm. Zudem zeigte sich während des Streiks deutlich, dass die Werksleitung die Interessen und Rechte der Arbeiter als solche nicht wahrnahm. Die Arbeiter ihrerseits aber hatten ihrem Ärger in unüberlegten Aktionen Luft gemacht, was ihre Position gegenüber der Hüttenverwaltung nicht unbedingt verbessert hatte. Insgesamt hatten die Maxhütte-Arbeiter bei diesem Streik wenig Aussicht auf Erfolg gehabt, da ihre Rechte und Ansprüche in der Öffentlichkeit, seitens des Staates und vor allem vom Arbeitgeber noch nicht anerkannt waren und sie noch nicht als gleichgestellte Partner in der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesehen wurden.

Anmerkungen

1 Vgl. Duschinger, Oskar – Zierer, Dietmar, Glanz und Elend der Maxhütte, Burglengenfeld 1990, S. 95; vgl. Jüngling, Elisabeth, Streiks in Bayern (1889–1914). Arbeitskampf in der Prinzregentenzeit (Miscellanea Bavaria Monacensia 126), Diss. München 1986, S. 166.

2 Vgl. BayHStA, MArb 321, Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Hüttenverwaltung in Maxhütte, Protokoll vom 25. März 1907.

3 Vgl. Nachrichten von Gestern, Die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte im Spiegel der Amberger und Sulzbacher Presse von 1851–1920, gesammelt und kommentiert von Volker Nichelmann, hg. von der Eisenwerk-Gesellschaft mbH Sulzbach-Rosenberg, Sulzbach-Rosenberg 1978, S. 50/51.

4 Vgl. BayHStA, MArb 321 (Kgl. Regierung d. Opf. u. v. R/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 7537) 27. März 1907.

5 Vgl. BayHstA, MArb 321(Bez.A BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 1609) 27. März 1907.

6 Vgl. Nachrichten von Gestern, S. 51/52.

7 Vgl. BayHStA, MArb 321, Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte Hüttenverwaltung in Maxhütte, Protokoll vom 2. April 1907.

8 Vgl. StA Amberg, Reg. Abt. 1949 ff, Nr. 13755, Wochenbericht Nr. 380, vom 19. Mai 1907; vgl. StA Amberg Reg. Abt. 1949 ff, Nr. 13755, Wochenbericht Nr. 398, vom 26. Mai 1907; vgl. BayHStA, MArb 343, Nachweisung über einen Streik im Braunkohlebergwerk Haidhof 1907; vgl. BayHStA, MArb 343, Bez. A. BUL/Kgl. StM d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 3599, vom 6. August 1907; vgl. BayHStA, MArb 343, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 3599, vom 12. August 1907; vgl. BayHStA, MArb 343, Nachweisung über einen Streik im Braunkohlebergwerk Haidhof 1907.

9 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bericht der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte/Bez. A. BUL, vom 29. Oktober 1907.

10 Vgl. StA Amberg, Reg. Abt. 1949 ff, Nr. 13755, Wochenbericht Nr. 774, vom 13. Oktober 1907; vgl. Duschinger – Zierer, Glanz und Elend der Maxhütte, S. 99.

11 Vgl. StA Amberg, Reg. Abt. 1949 ff, Nr. 11051, Bez.A. BUL/Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R., Nr. 5530, vom 19. Oktober 1907; vgl. BayHStA, MArb 321, Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte/Bez.A. BUL, vom 29. Oktober 1907.

12 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bericht der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte/Bez.A. BUL, vom 29. Oktober 1907.

13 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 5609, vom 23. Oktober 1907; vgl. BayHStA, MArb 321, Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R, Kammer d. I./Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 26151, vom 25. Oktober 1907.

14 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 5653, vom 9. November 1907; vgl.

BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 6196, vom 23. November 1907.

15 Vgl. Jüngling, Streiks in Bayern, S. 169/70.

16 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 6472, vom 7. Dezember 1907; vgl. StA Amberg, Reg. Abg. 1949 ff, Nr. 11051, Bez. A. BUL/Kgl.Reg. d. Opf. u. v. R, Nr. 6450, vom 7. Dezember 1907.

17 Vgl. StA Amberg, Reg. Abg. 1949 ff, Nr. 11051, Bez.A. BUL/Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R, Nr. 6450, vom 7. Dezember 1907; vgl. StA A Reg. Abg. 1949 ff., Nr. 11051, Bez.A. BUL/Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R, Nr. 6450, vom 7. Dezember 1907; vgl. Jüngling, Streiks in Bayern, S. 171.

18 Vgl. StA Amberg, Reg. Abg. 1949 ff, Nr. 11051, Bez.A. BUL/Kgl. Reg., Kammer d. I., d. Opf. u. v. R, Nr. 6575, Abschrift zu Nr. 31102, vom 13.Dezember 1907; vgl. BayHStA, MArb 321, Aktenvermerk zu Reg. d. Opf. u. v. R, Kammer d. I./Kgl. StaMin. d. I., Nr. 31024, vom 13. Dezember 1907.

19 Vgl. BayHStA MArb 321, Aktenvermerk zu Reg. d. Opf. u. v. R, Kammer d. I./Kgl. StM d.I., Nr. 31024, vom 13.Dezember 1907; vgl. BayHStA MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. Sta. Min d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 6575, vom 13.Dezember 1907; vgl. Duschinger – Zierer, Glanz und Elend der Maxhütte, S. 107.

20 Nachrichten von Gestern, S. 55; vgl. StA Amberg, Reg. Abg. 1949 ff , Nr. 8584/4, „Münchner Post" Nr. 288 vom 17. Dezember 1907.

21 Vgl. BayHStA MArb 321, BezA. BUL /Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 6665, vom 16. Dezember 1907; vgl. StA Amberg, Reg. Abg. 1949 ff, Nr. 11051, Bez.A. BUL/Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R, Nr. 6748, vom 21. Dezember 1907.

22 Vgl. Jüngling, Streiks in Bayern, S. 171/72; vgl. Nachrichten von Gestern, S. 56; vgl. BayHStA, MArb 321, „Fränkische Tagespost" Nr. 299 vom 21. Dezember 1907.

23 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL, Protokoll vom 28. Dezember 1907; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 56, vom 4. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R, Kammer d. I./Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 702, vom 8. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., vom 11. Januar 1908; vgl. StA Amberg, Reg. Abg. 1949 ff, Nr. 11051, Erklärung der Hüttenverwaltung der Maxhütte, vom 11. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R, Kammer d. I./Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 1782, vom 17. Januar 1908; vgl. Jüngling, Streiks in Bayern, S. 174; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 489, vom 25. Januar 1908; vgl. Nachrichten von Gestern, S. 57.

24 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 489, vom 25. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, „Burglengenfelder Zeitung" Nr. 10 vom 23. Januar 1908, zweites Blatt, Distrikt-polizeiliche Vorschrift; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Lokalschulinspektion BUL, Nr. 466, vom 23. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 489, vom 25. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Stadtmagistrat BUL, Nr. 454, vom 23. Januar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 489, vom 25. Januar 1908.

25 Vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl. StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 699, vom 1. Februar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Bez.A. BUL/Kgl.StaMin. d. Kgl. H. u. d. Ä., Nr. 754, vom 4. Februar 1908; vgl. BayHStA, MArb 321, Kgl. Reg. d. Opf. u. v. R/ Kgl. StaMin. d. I., Nr. 3714, vom 12. Februar 1908.